

Das Minarett im Dorf

ISLAM *Eine zertrampelte Pappmoschee, aufgespießte Schweinsköpfe und eine Pensionistin, die vom Fenster aus Türken zählt. In Telfs, Linz und Wien geht es um mehr als bloß um Allah. STEFAN APFL*

Ein Freitagnachmittag in Österreich. In der Dammstraße in Wien-Brigittenau sieht eine Pensionistin aus dem Fenster ihrer Gemeindewohnung. Auf der anderen Straßenseite liegt ein türkisches Kulturzentrum. Geduldig zählt die Frau jeden Türken, der zum Freitagsgebet kommt. Die laute Wahringerstraße im Süden von Linz ist menschenleer. Auf dem Brachland, das zwischen den Schienen der Westbahn und einer Autobahn eingezwängt liegt, soll ein islamisches Zentrum entstehen. Unbekannte haben hier in der Nacht auf Silvester drei Schweinsköpfe aufgespießt. Die drei Pfosten stecken noch im gefrorenen Schlamm. Als sich in Telfs die Tür zum Café Istanbul öffnet, stoppen die zwanzig Türken Gespräch und Gelächter. Sie sehen den blonden Gast regungslos an. Nur eine türkische Stimme aus dem Fernseher rieselt durch den verrauchten Raum.

Wer diese drei Orte bereist, wird die Entwicklung verstehen, an deren Ende Susanne Winter steht. Die FP-Kandidatin hat im Grazer Wahlkampf böse Worte über Mohammed vom Blatt gelesen. Seither ist es wieder laut geworden um den Islam. Stammtischakademiker arbeiten sich am Liebesleben des Propheten ab. Die Auswürfe haben der Grazer FPÖ nichts genutzt. Mit dem Alltag im Alpenland, der täglichen Auseinandersetzung zwischen "Mehrheitsgesellschaft" und "Muslimen" haben sie ohnehin nichts zu tun. Die findet nicht über den Koran gebeugt oder bei politischen Neujahrsveranstaltungen statt, sondern an Orten wie Brigittenau, Linz oder Telfs. Von einem muslimischen Bevölkerungsanteil, der über zehn Prozent liegt, abgesehen, scheinen die drei verstreuten Flecken Österreich zunächst wenig gemein zu haben. Der Grund für die Spannungen ist jedoch überall derselbe: ein

Bauvorhaben von Muslimen. Im Telfer (es heißt so, nicht Telfser) Café Istanbul kehrt nach einem langen Moment der Skepsis wieder Betriebsamkeit ein. Unter dem fahlen Schein von Neonlichtern schauen die Gäste Fernsehnachrichten aus der Türkei, sie lesen türkische Zeitungen und diskutieren über den türkischen Premier. Ankara oder Berlin, Wien oder Telfs, der Schauplatz dieser Szene wäre austauschbar.

Telfs liegt 27 Kilometer von Innsbruck entfernt, umringt von schneebedeckten Bergen. Es ist ruhig hier, bis auf ein gleichmäßiges Brummen. Die Autobahn und der Inn schlängeln sich nahe der Gemeinde dahin. Seit mittlerweile einem Jahr ragt am Ortsrand von Telfs ein Minarett 15 Meter hoch in den Himmel. Mit jenen in Wien-Floridsdorf und Saalfelden stehen österreichweit nun drei Gebetstürme 8000 Kirchtürmen gegenüber. Das Minarett in Telfs erinnert die Tiroler an eine russische Rakete aus dem Zweiten Weltkrieg. Es wurde aus Kanalrohren zusammengesetzt, die Erbauer brauchten keinen Architekten. Im Grundbuch sind ein Beschallungs- und Beleuchtungsverbot festgeschrieben. Das heißt: Kein Muezzin ruft die Telfer zum Gebet und die drei Kirchen leuchten auch weiterhin ungestört in der Dunkelheit.

Nachdem 2005 der Bauwunsch hiesiger Muslime bekannt geworden war, gründeten Anrainer eine Bürgerinitiative. Sie begannen Unterschriften und Argumente zu sammeln, sie warnten vor Wallfahrten und Parkplatzproblemen. Man braucht nicht lange zu raten, wo die freiheitliche Landespartei ihren nächsten Parteitag abhielt. Telfs war über Nacht zur Chiffre einer Minarettdebatte geworden. Es ging um mehr als bloß um einen Turm aus Kanalrohren. Die Herrschaft christlicher Symbole im öffentlichen Raum stand infrage. In Telfs wie in halb Europa.

In der Schweiz versucht eine Bürgerinitiative den Satz "Der Bau von Minaretten ist verboten" in die Verfassung zu hieven. Die Bürgerbewegung Pro Köln fordert gar ein "Minarettverbot für ganz Europa". In Österreich verlangen FPÖ und BZÖ ein Bauverbot. Auch Proponenten der ÖVP stimmen mit ein und sprechen von "Artfremdheit". Obgleich die Telfer Bürgerinitiative mit Verkehr und Lärm argumentierte, meinten auch ihre Mitglieder, die für eine Stellungnahme nicht erreichbar sind, offensichtlich etwas anderes. Gegen das 40.000 Quadratmeter große Einkaufszentrum, das auf dem Grundstück gegenüber gebaut wird, hat sich schließlich niemand ausgesprochen.

"Es gibt keine Probleme zwischen Österreichern und uns", sagt Temel Demir, 58, der Obmann des hiesigen Atib-Vereins. Der Bau des Minaretts war seine Idee. In Demirs Büro hängt die österreichische Flagge neben der türkischen, getrennt nur durch das Bild Kemal Mustafa Atatürks, des Gründervaters der säkularen Türkei.

15.000 Menschen leben heute in Telfs, um die Hälfte mehr als noch Anfang der Neunzigerjahre. Jeder sechste Telfer ist Muslim, die meisten unter ihnen stammen aus der Türkei. Die Ersten wurden in den 1960er-Jahren geholt, um den Arbeitskräftemangel in der hiesigen Textilindustrie auszugleichen. Dass sie gekommen waren, um zu bleiben, überraschte die eingewanderten Telfer ebenso wie sie selbst.

Demir hat Recht. Es gibt hier keine Probleme zwischen Türken und Österreichern. Weil sie nichts miteinander zu tun haben. Unternehmungslustige Einwanderer haben ihrer Diaspora mit Kaffeehäusern, Lebensmittelgeschäften, Friseuren und Moscheevereinen eine Infrastruktur zugrunde gelegt, in der es sich auch mit wenig Deutsch alt werden lässt. Türken und Österreicher drücken zwar gemeinsam die Schulbank. Nach dem Läuten gehen sie aber getrennte Wege. Türkinnen, die mit Österreichern liiert sind? Gibt's nicht. In Gemeinden wie dieser existiert jene Parallelgesellschaft, deren Existenz mancher Grünbewegte gerne in Abrede stellt. Ob in Berlin, Köln oder Wien - erst wenn Muslime den berechtigten Wunsch nach öffentlichen Symbolen äußern, stellt der Stammtisch polternd jene Fragen, die die beiden Gesellschaften voneinander trennen: Warum sprecht ihr auch nach vierzig Jahren nur gebrochen deutsch? Warum schaffen es eure Kinder nicht raus aus den Fabriken? Warum dürfen eure Mädchen nicht so leben wie unsere?

In der Diskussion um das Minarett wurden diese Fragen erstmals gestellt - aber nicht beantwortet. Das kann auch Temel Demir nicht. Sosehr der Hilfsarbeiter und sein Verein auch versuchen mögen, zur Lösung beizutragen, bleiben sie doch Teil des Problems.

Atib, die Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit, ist neben der offiziellen Glaubensgemeinschaft die wohl wichtigste islamische Organisation in Österreich. Nicht zuletzt um den Einfluss auf die türkischen Auswanderer aufrechtzuerhalten,

finanziert Ankara die moderate Organisation, schickt ihr die Imame und richtet sie ideologisch aus.

Atib ist Vorreiter in der Auseinandersetzung um islamische Symbole. Jener Moscheebau, der im niederösterreichischen Bad Vöslau für eine Bürgerinitiative, Nachverhandlungen und eine Projektänderung gesorgt hat, geht auf das Konto einer Atib-Niederlassung, ebenso wie die Debatte in Wien-Brigittenau. In den Vereinen von Schwaz und Hall in Tirol wird mittlerweile ebenfalls über ein eigenes Minarett diskutiert. Den Ton geben freundliche, alte Hilfsarbeiter mit Schnauzbärten an. Wer sich im Hintergrund schlaumacht, erfährt unter dem Siegel der Verschwiegenheit von abenteuerlichen Geschichten über Zwangsverheiratungen und Selbstmorde. Oft herrschen jene Herren, die auf Podien über die Rechte der Frauen referieren, in den eigenen vier Wänden als Patriarchen.

Wolfgang Schrögendorfer macht das Angst. Auch er hat solche Geschichten gehört. Schrögendorfer wirkt verloren, wie er vor dem Internetcafé im Linzer Bahnhof wartet. Der Oberösterreicher organisiert anonymen Widerstand gegen das Kulturzentrum, das der islamische Verein Al-Andalus in Linz bauen will. Für 2,5 Millionen Euro soll auf einem abgelegenen Grundstück im Süden der Stadt ein Komplex entstehen, der genug Platz bietet für Gebete, Veranstaltungen und die Büros der Islamischen Religionsgemeinde Linz.

Schrögendorfer hat deshalb die Webseite www.keine-moschee.at erstellt, dort warnt der 32-jährige Angestellte vor einer "riesengroßen Moschee! Vollkommen abgeschottet von der Außenwelt." Er arbeitet außerdem an der Zeitung Der Gegenislamist, einer "Gegendarstellung zum Koran". Mit den Schweineköpfen, die zu Silvester am Baugrund aufgespießt wurden, habe er nichts zu tun. Woher die Skepsis gegenüber der Moschee? "Der Islam ist mit unseren Werten nicht vereinbar", sagt er. Nicht der Bau, sondern das, was darin geschehe, störe ihn. "Das überprüft niemand."

Rund 200 Gebetsräume gibt es in Österreich. Die Islamische Glaubensgemeinschaft, die auf die Auswürfe Susanne Winters so souverän reagiert hat, steht mit den meisten islamischen Dachverbänden in engem Kontakt. Weder diktiert sie noch überprüft sie die Predigten der einzelnen Imame. Warum auch? Das hieße, eine Religion unter Generalverdacht zu stellen.

"Die Muslime radikalisieren sich", behauptet Schrögendorfer. Das wisse er aus erster Hand, er habe gute Kontakte in die islamische Szene. Schrögendorfer surft viel im Internet, er liest islamische Seiten und solche, die gegen diese Religion argumentieren. Er ist einer, der sich interessiert, der sich eine Meinung bildet und dabei bleibt. Schrögendorfer macht sich Sorgen über den Koran und den Irak, über die Umwelt und die Globalisierung. Wenn man sich für so viele Themen interessiert, wird die Welt kompliziert. Bis sie ein Ort der Angst ist. Populisten reagieren mit Reduktion von Komplexität. Sie sprechen Menschen wie Wolfgang Schrögendorfer an, Menschen, die ein Unwohlsein spüren, das sich schwer ausdrücken und noch schwerer beseitigen lässt. Es ist etwas, das wächst, wenn der ORF von Arbeitsimmigranten und von Christenmorden in der Türkei berichtet oder die Kronen Zeitung über österreichische Terrorzellen und von der Unterdrückung muslimischer Frauen schreibt. Minarette sind für Wolfgang Schrögendorfer Zeichen dieses Unbehagens. Spüren können das viele, begreifen aber nicht. Es ist die Leere dazwischen, die Populisten ausfüllen, wenn sie Verbote für Minarette und Kopftücher fordern, von Assimilation und Artfremdheit sprechen.

Mehr als 400.000 Muslime leben mittlerweile in Österreich. Wie viele davon freitags eine Moschee besuchen, weiß niemand. Nach Jahrzehnten im Schatten der Gesellschaft treten die Vereine nun allmählich heraus aus den Hinterhöfen und Lagerhallen. Zunächst wollten die Vertreter von Al-Andalus nicht an die Öffentlichkeit gehen. Wegen der aufgespießten Schweinsköpfe habe man Angst, noch mehr Unmut auf sich zu ziehen. Schließlich kommt es in einem Café am Linzer Bahnhof zu einem Treffen mit dem stellvertretenden Obmann. Auch ein Vertreter der Islamischen Religionsgemeinde Linz ist dabei. Er ist laut Vereinsregister auch Schriftführer bei Al-Andalus, besteht aber dennoch auf Anonymität. Kritische Fragen wertet er als "Drohung". Wie viele Muslime fühlt auch er sich in der Öffentlichkeit falsch dargestellt. Auf Interesse reagieren sie mit Skepsis und vermitteln gerade dadurch den Eindruck, etwas zu verheimlichen. Das ist das Wasser auf den Mühlen der Schrögendorfers. Kontakt zwischen ihm und dem Verein gibt es nicht. "Ich habe alle Behörden angerufen", sagt er. "Niemand weiß, wer hinter dem Verein steht und wer den Bau zahlt."

Der stellvertretende Obmann, ein Konvertit, sagt kluge Dinge über den Islam und die Österreicher. Über die Mitgliederzahl und die Finanzierung des Projekts gibt er aber keine Auskunft. Mails bleiben nach dem Treffen unbeantwortet. Die sozialdemokratisch regierte Stadt Linz, die jedes Bauprojekt einer Religionsgemeinde mit zehn Prozent unterstützt, interessiert die Herkunft des Geldes nicht, sagt ein Vertreter. Im Fall von Al-Andalus sei man schon froh, dass kein Minarett im Spiel ist. Ein 6000 Quadratmeter großes Zentrum bietet Projektions- und Angriffsfläche genug.

Weiß Omar Al-Rawi, der Integrationsbeauftragte der Glaubensgemeinschaft, woher das Geld kommt? Das Bauprojekt solle über Spenden und Mieteinnahmen finanziert werden, sagt er. Warum mancher Vertreter so konspirativ auftritt? "Es liegt wohl an der allgemeinen Verunsicherung der Muslime derzeit." Nach Interventionen innerhalb der Glaubensgemeinschaft schickt der stellvertretende Obmann von Al-Andalus kurz vor Redaktionsschluss doch noch ein Antwortmail. "Finanzierung durch Spenden", steht darin. Die Zitate des angeregten Gesprächs bleiben aber unautorisiert. Bei Atib ist die finanzielle Unterstützung hingegen ein offenes Geheimnis. Der türkische Verein untersteht direkt dem Ministerium für religiöse Angelegenheiten in Ankara. Die Imame erhalten die Themen ihrer Freitagspredigten via Internet, die höchsten Vertreter Atibs sind offiziell Angestellte der türkischen Botschaft. Was ist davon zu halten, dass die Türkei auf diese Weise Enklaven des Türkentums aufrechterhält? Dass ein fremder Staat als religiöser Bauherr und Ansprechpartner in Integrationsfragen auftritt? Diese grundsätzlichen Fragen stellen Bürgerinitiativen und Politiker nicht. Sie sprechen lieber mit xenophobem Unterton vom Lärm und fordern Beschallungsverbote. Der abgelegene Baugrund, den die Stadt Al-Andalus zur Verfügung stellt, kommt den Vertretern jedenfalls gerade recht. Keine Nachbarn bedeutet keine Probleme, so viel hat man schon gelernt.

In Wien-Brigittenau ist genau das der Grund für die lautstarken Proteste der vergangenen Monate. In der Nachbarschaft des Atib-Zentrums in der Dammstraße befinden sich immerhin 1400 Wohnungen. Am 13. September marschierten tausend Menschen gegen einen "Moscheebau" auf. Eine Bürgerinitiative organisiert den Protest, seit bekannt wurde, dass das Kulturzentrum ausgebaut und um einen Kindergarten und Wohnungen erweitert werden soll.

"Noch mehr Menschen. Noch weniger Parkplätze. Noch mehr Lärm", sagt Hannelore Schuster, 59. Die Sprecherin der Bürgerinitiative lebt seit zwanzig Jahren hier. "Warum kapseln sie sich so ab und sprechen kein Deutsch?", fragt sie am Telefon. Hunderte Menschen aus ganz Österreich, erzählt die Pensionistin, schicken ihr dieselben Fragen per Mail.

Heinz-Christian Strache, Wiener FP-Chef, sowie zwei Dutzend Rechtsradikale mischten sich im September unter die Demonstranten. Die Kameras hielten drauf, als aufgeregte Bürger eine selbstgebastelte Pappmoschee zertraten. Plötzlich standen die Nachbarn als braune Front da, die den Islam aus Wien-Brigittenau vertreiben will. Zum Missfallen der Bürgerinitiative, wie Schuster sagt. "Aber sonst hat sich ja niemand auf unsere Seite gestellt."

Wer sich die Homepage der Bewegung, www.moschee-ade.at, ansieht, wird das Gefühl nicht los, dass es auch hier um mehr geht als bloß um Lärm. Dass die "Integration zur Invasion" zu geraten drohe, steht dort, und dass die Toleranz "aus Gründen des Selbstschutzes enden" müsse. Nicht nur die Bezirks-FPÖ, auch die lokale Volkspartei unterstützt die Bürgerinitiative im Kampf gegen den Lärm - und ein bisschen wohl auch gegen Ausländer.

Im Brigittenauer Vereinslokal von Atib hängen eine österreichische und ein Dutzend türkische Flaggen. Vor einer sitzt Aksoy Aslan. Der Vereinsobmann arbeitet seit 35 Jahren in Österreich, jeder seiner sechs Söhne hat im Heer gedient. Er betont die Rechtmäßigkeit des Bauprojekts und den Respekt, den er gegenüber den Nachbarn verspürt. Er würde Österreicher niemals Lügner nennen, sie seien bloß uninformiert. "Ich bin ja selbst Österreicher. Mit türkischem Hintergrund", fügt er hinzu und hebt stolz den Kopf, während er auf Deutsch übersetzt wird.

Seit der Demonstration lädt Atib Interessierte jeden Donnerstag zum "Infopoint". Es kommen bloß keine. Nur Mitglieder lassen sich blicken. Sie können hier einkaufen und Tee trinken, sich die Haare schneiden lassen und zu Allah beten. Der Imam des Vereins, ein Mann mit ruhigen Bewegungen, kam vor drei Monaten aus der Türkei nach Wien-Brigittenau. Was er den Gläubigen nach den Aussagen Susanne Winters gesagt hat? Man hat es ihm nicht erzählt.

Deutsch spricht er nicht. Wie der österreichische
Bundeskanzler heißt? Er schüttelt lächelnd den Kopf.